

## Windkraftgegner fordern bei Protestkundgebung mehr Abstand

450 Windkraftgegner beteiligten sich nach Angaben der Organisatoren am Samstag an einer Kundgebung mit anschließendem Protestzug nach Laiz. Die Teilnehmer wandten sich besonders gegen den in Baden-Württemberg geltenden Mindestabstand von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung von 700 Metern.



Über 400 Bürger beteiligten sich am Samstag an der Anti-Windkraftdemo vor dem Sigmaringer Rathaus



Über 400 Windkraftgegner ziehen in einem Protestzug vom Sigmaringer Rathausplatz nach Laiz.

Massive Kritik wurde auch an der Pro-Windkraft-Haltung des Fürstenhauses Hohenzollern geübt. Alle fürstlichen Wälder würden für die Windkraft freigegeben, nur eben nicht der Wohnbereich des Fürsten "Josefslust".

Wie sehr gerade das Thema "Gutachten" die protestierenden Bürger beunruhigt, machte der Redebeitrag von Markus Schätzle, einem betroffenen Bürger aus der Nachbarschaft des Windparks "Schuttertal" im Ortenaukreis, klar. Er berichtete von 20 Familien im Ort, die massiv unter den Geräuschbelästigungen der Anlagen litten. Zunächst betonte Schätzle: "Ich bin nicht grundsätzlich gegen die Windkraft", aber, so forderte er, sie müsse menschen- und umweltgerecht sein. Je nach Windrichtung sei der Lärm sogar "bei geschlossenen Fenstern und eingeschaltetem Fernsehgerät" zu hören. Gesundheitsschäden wie Einschlaf- und Durchschlafstörungen seien eine der Folgen.

Die den Bürgern zu Beginn vorgestellten Gutachten seien von einer sehr viel geringeren Geräuschemission der Anlagen ausgegangen. Der Redner warf den Gutachtern vor, sich ausschließlich auf Berechnungen am Computer gestützt zu haben. Auch Stefan Wiethaler aus Pfullendorf-Hilpensberg berichtete von massiven gesundheitlichen Problemen bis hin zu regelrechten Depressionen. Betroffene Bürger würden bei den Schilderungen ihrer gesundheitlichen Probleme nicht immer ernst genommen.



Aus der gesamten Region kommen die Windkraftgegner zur Demonstration nach Sigmaringen, um ihren Protest mit Plakaten kund zu tun.

*Bilder: Hermann-Peter Steinmüller*

Um solche Probleme zu vermeiden, sprachen sich alle Redner für eine größere Entfernung der Windkraftanlagen von der Wohnbebauung aus. Als Vorbild dient aus Sicht der Windkraftkritiker das bayerische "10-H-Modell". Damit wird der Abstand nach der Höhe der Anlage multipliziert mit zehn angegeben. Zu Beginn der Kundgebung wurde eine Rede des Physikers Wolfgang Hübner vorgelesen. Der Wissenschaftler aus Bad Wurzach zeichnete zunächst ein Horrorgebilde. Unter der Voraussetzung, dass nur ein Teilziel der Energiewende erreicht werden würde, sieht Hübner um den Bussen "ein Meer von 2400 Windradgiganten der neuesten Generationen". Hübner: "Windradgiganten sind technisch gesehen neuartige Schallgeneratoren."

Landschaftsplaner Ulrich Bielefeld formulierte Sorgen um den Erhalt der Kulturlandschaft. Er verglich die Schall- und Lichtemissionen mit "permanentem Autolärm im Konzertsaal". Der Biologe Wolfgang Müller aus Rangendingen ging auf den Infraschall ein und widersprach der Auffassung, es gäbe keine Belege für entsprechende Gesundheitsstörungen. Müller ist Autor eines offenen Briefes an Ministerpräsident Winfried Kretschmann. In diesem Schreiben wirft Müller der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz "wissenschaftlichen Betrug" vor. In Sigmaringen wiederholte er seine Vorwürfe, in dem Gutachten der Landesanstalt seien "unwahre Behauptungen", "geschönte Ergebnisse" und "Pauschalierungen" enthalten.



Massive Kritik üben die Demonstranten an der Haltung des Fürstenhauses zur Windkraft.

Vereinzelte Buh-Rufe erntete der CDU-Wahlkreis-Kandidat Thomas Bareiß. Er forderte, auf Bundesebene die Voraussetzungen zu schaffen, damit auch im Südweststaat der festgeschriebene 700-Meter-Abstand vergrößert werden könne. FDP-Kandidat Dirk Mrotzeck fragte unter dem Beifall der Zuhörer, wieso die CDU im Stuttgarter Koalitionsvertrag dann den 700-Meter-Abstand festgeschrieben habe.

## ***Protestzug***

*Ursprünglich wollten die Organisatoren der Protestaktion, die BI "Lebenswerte Heimat" und das "Bündnis "Rettet die Alb", den geforderten 10-H-Abstand mit dem symbolischen Marsch von 2,3 Kilometern zum Haus des Ministerpräsidenten in Laiz unterstreichen. Dieses Vorhaben ließ sich aus sicherheitstechnischen Gründen nicht verwirklichen. Der Marsch endete in Laiz kurz vor der Donaubrücke. Dort enthüllte Frank Miller von der BI "Lebenswerte Heimat" einen Mahnstein. Die Kundgebung vor dem Rathaus und der anschließende Protestzug verliefen ohne Zwischenfälle.*